

Angriffskrieg auf die Ukraine

Wir verurteilen den durch Putin angefachten Krieg in der Ukraine auf das Schärfste.

Die von **Putin** und seinem Umfeld **vorgebrachten Gründe**, die für eine akute Bedrohung Russlands angeführt werden, sind völlig haltlos. So wurden bei den demokratischen Wahlen 2019 in der Ukraine keine rechts-nationalen Parteien in das Parlament gewählt; die allein regierende Partei "Sluha Narodu" gilt als liberal. Zudem haben weder die OSZE noch die UN Hinweise auf einen Völkermord in den bekämpften Gebieten der Ost-Ukraine. Auch die NATO hat seit 2004 keine weiteren Anrainerstaaten zu Russland aufgenommen. Somit dienen Putins Begründungen für einen Einmarsch in die Ukraine lediglich der Desinformation seiner eigenen Bevölkerung und der Legitimierung seines Einmarsches. Sein eigentliches Ziel ist es, seinen Machtanspruch weit über die Grenzen Russlands auszudehnen. Hierfür ist ihm auch ein Angriffskrieg auf ein souveränes Land wie die Ukraine recht.

Wir sind erschrocken, dass es nach der Beendigung des zweiten Weltkriegs erstmals wieder zu einem Angriffskrieg in Europa kommen konnte. Wir sind frustriert, dass es nicht gelungen ist, nach der Auflösung des Warschauer Pakts ein **Sicherheitssystem in Europa** einzurichten, das allen Staaten in Europa Schutz und Frieden garantiert. Die NATO als Überbleibsel des kalten Krieges konnte sich nicht entsprechend reformieren. Erst durch den Krieg in der Ukraine erweist sich das Bündnis als Bollwerk gegen Aggressoren von außen. Staaten außerhalb der NATO sind dagegen auf sich alleine gestellt. Wir fordern daher, dass Europa sich über eine Wirtschafts- und Wertegemeinschaft hinaus zu einer Sicherheitsgemeinschaft entwickelt. Diese muss auch Staaten außerhalb der Europäischen Union offen stehen. Es muss gelingen auch Russland einzubinden, denn Russland gehört zu Europa. Dies muss aber auch eine gemeinsame Rechtsordnung einschließen. Verstöße gegen gemeinsame Regeln müssen geahndet werden. Kriegstreiber wie Putin müssen verfolgt und zur Rechenschaft gezogen werden. Wir begrüßen die Möglichkeit einer lückenlosen Aufdeckung und strafrechtlichen Verfolgung von Kriegsverbrechern über Staatengrenzen hinweg.

Die wirksamste Reaktion auf kriegerische Aggressionen sind **wirtschaftliche Sanktionen**. Diese müssen konsequent verfolgt werden und müssen den Aggressor und das beteiligte Umfeld hart treffen. Dies hat häufig auch zur Folge, dass das eigene Wirtschaftssystem betroffen ist und Belastungen für die eigene Bevölkerung entstehen. Daher muss die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen um Belastungen zu mindern. Sanktionen dürfen nicht durch wirtschaftliches Eigeninteresse unterlaufen werden. Daher haben wir kein Verständnis dafür, dass nach der Krim-Annektion durch Russland die zweite Ostseepipeline Nord-Stream-2 genehmigt und gebaut wurde. Mit solchen Maßnahmen werden die Wirksamkeit von Sanktionen untergraben und völkerrechtswidrige Aktionen indirekt anerkannt oder zumindest billigend in Kauf genommen. Hier muss ein Umdenken stattfinden, damit potentielle Aggressoren durch die Möglichkeit von einschneidenden Sanktionen von ihren völkerrechtswidrigen Vorgehen abgehalten werden.

Wir treten gegen eine neue Aufrüstungsspirale ein. Wir bedauern, dass in den letzten Jahren viele **Abrüstungsvereinbarungen** missachtet und letztendlich aufgekündigt wurden. Dies hat mitnichten zu einer Erhöhung der Sicherheit und der Vertrauensbildung in Europa beigetragen. Diese Entwicklung muss wieder umgedreht werden.

Wir unterstützen ein starkes **internationales Engagement Deutschlands**. Internationales Engagement muss aber regelbasiert sein. Dies verhindert unter Druck herbei geführte oder politisch motivierte Entscheidungen. Das deutsche Parlament muss das entscheidende Gremium für internationale Einsätze bleiben. Internationales Engagement umfasst sowohl eine leistungsfähige Entwicklungshilfe als auch den Einsatz von deutschen Einsatzkräften zur Befriedung von Konfliktsituationen. Die Maßnahmen und Ziele müssen klar definiert sein. Dies umfasst auch klare Abbruchkriterien von Einsätzen. Internationales Handeln darf dabei nicht vorrangig durch nationales Eigeninteresse gekennzeichnet sein. Daher unterstützen wir Maßnahmen unter UN-Mandat. Diesbezüglich fordern wir eine Reform der UN, damit auch ständige Mitglieder im Sicherheitsrat zur Rechenschaft gezogen werden und sich nicht durch ihr Veto-Recht ihrer Verantwortung entziehen können.

Internationale Einsätze erfordern eine qualifizierte Ausstattung. Aber leider hat der Angriffskrieg von Putin gezeigt, dass auch die Landesverteidigung in der Lage sein muss solch einem Aggressor erfolgreich entgegenstellen zu können. Daher treten wir für ein wehrhaftes Europa ein. Der **Wehretat** von Deutschland ist aber bereits jetzt der sechstöchste der Welt. Die aktuell von Bundeskanzler Scholz angekündigten Erhöhungen würde Deutschland nach den USA und China auf Platz 3 der Rangliste rücken. Wir treten dafür ein das internationale Engagement und die Verteidigung finanziell abzusichern, jedoch sprechen wir uns gegen ein erneutes Wettrüsten aus. Vielmehr müssen das vorhandene Budget effizienter eingesetzt und die Verteidigungsfähigkeit durch gemeinsame europäische Abstimmungen und Zusammenarbeit nachhaltig gestärkt werden. Wir lehnen eigene deutsche Kernwaffen als Mittel der Abschreckung ab. Wir lehnen auch die Wiedereinführung der Wehrpflicht ab. Dagegen sehen wir große Herausforderungen in den Bereichen der IT-Sicherheit und von Desinformationskampagnen, denen wir uns stellen müssen. Auch wenn mit dem Angriffskrieg von Putin die „Friedensdividende“ der letzten 30 Jahre ein Ende zu finden scheint, stehen wir weiterhin vor großen zivilgesellschaftlichen Zukunftsfragen wie dem Klimawandel und der Energiewende. Aktuelle militärische Fragestellungen dürfen daher solche Themen weder politisch noch finanziell in den Hintergrund drängen.

Wir unterstützen die Forderung, keine Waffen in Kriegsgebiete zu schicken. Es ist unerträglich, dass Deutschland aus wirtschaftlichem Interesse weltweit immer wieder direkt oder indirekt Waffen in Konfliktregionen liefert. Deutschland steht mit seinen **Waffenexporten** weltweit an vierter Stelle. Zum Beispiel wurden Waffen von über einer Milliarde Euro an Länder geliefert, die in Jemen als Kriegsparteien auftreten. Ein internationales Engagement verlangt eine hohe ethische und moralische Verantwortung. Wir fordern die Bundesregierung daher auf solche Waffenexporte zu stoppen und klare Regeln für Waffenlieferungen und -verkäufe zu verfassen. Aber auch mit so genannten Verteidigungswaffen werden Menschen getötet. Daher können auch solche Waffenlieferungen nur unter strengen Regeln erfolgen. Erst solche klar definierten Bestimmungen legen die Rechtsgrundlage anderen Ländern bei militärischen Überfällen beizustehen. Unter solchen Rahmenbedingungen kann es dann sogar zu unserer Pflicht werden diese bedrohten Länder humanitär und militärisch zu unterstützen. Wir fordern daher die Bundesregierung auf entsprechende internationale Leitlinien zu erarbeiten und in zugehörige Verordnungen und Gesetze münden zu lassen.